Stenographisches Protokoll,

12. Sitzung der V. Session der VII. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 4. April 1963.

Inhalt :

1. Eröffnung durch Präsident Tesar (Seite 317).
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 317).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 317)
4. Verhandlung :
Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Finanzkontrollausschusses im Jahre 1961. Berichtersteller: Abg. Marchsteiner (Seite 317); Abstimmung (Seite 319).
Antrag des Landwirtschaftsausschusses, betreffend die Rechnungsabschlüsse (Verwendungsnachweise) der nö. Landes-Landwirtschaftskammer über die in den Jahren 1959, 1960 und 1961 zur Verfügung gestellten Landeskulturförderungsbeiträge. Berichtersteller: Abg. Maurer (Seite 319); Redner: Abg. Niklas (Seite 320); Abg. Dipl. Ing. Robl (Seite 321); Abstimmung (Seite 322).

PRÄSIDENT TESAR (um 14 Uhr 1 Minute): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich die Herren Abgeordneten Wüger, Schwarzott, Hobiger und Präsident Fuchs entschuldigt.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFUHRER (Ziest):

Antrag der Abg. Wondrak, Jirovetz, Sigmund, Anderl, Gerhartl, Hrebacka und Genossen, betreffend Maßnahmen zur Förderung des Wasserschutzbaues.

Antrag der Abg. Rösch, Dr. Litschauer, Czidlik, Grai, Binder, Wiesniayr und Genossen, betreffend die Auswertung der Volkszählungsergebnisse 1961.

PRÄSIDENT TESAR (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Ich ersuche den Herrn Abg. Marchsteiner, die Verhandlung zur Zahl 467 einzuleiten.

Berichtersteller ABG. MARCHSTEINER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage des Kontrollantrages für das Land Niederösterreich, betreffend den Bericht über die Tätigkeit des

Finanzkontrollausschusses im Jahre 1961, zu berichten.

Der Bericht über die Tätigkeit des Finanzkontrollausschusses im Jahre 1961 erstreckt sich nach dem verfassungsmäßigen Aufgabebereich des **Finanzkontrollausschusses** auf die gesamte Landesverwaltung sowie auf Unternehmungen, an denen das Land finanziell beteiligt ist oder für die es eine Ausfallhaftung trägt.

Im Berichtszeitraum wurden 36 Einschauprüfungen und 5 Besichtigungen des Finanzkontrollausschusses sowie 158 Kontrollen des Kontrollamtes, dessen sich der Finanzkontrollausschluß zur Ausübung seiner Kontrolltätigkeit bedient, durchgeführt.

Diese Kontrollen verteilen sich auf folgende Verwaltungsweige:

1. Allgemeine Verwaltung einschließlich der Bezirks selbstverwaltungen und deren Heil- und Unternehmungen,
2. Einrichtungen des Schulwesens,
3. Einrichtungen des Kulturwesens,
4. Fürsorgewesen und Jugendhilfe,
5. Einrichtungen des Gesundheitswesens,
6. Bauwesen,
7. öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsforderungen sowie Unternehmungen, an denen das Land finanziell beteiligt ist oder für die es eine Ausfallhaftung trägt.

Außer diesen Kontrollen bei Dienststellen der Zentralverwaltung und bei den Außendienststellen wurden die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1960 der Landesanstalten überprüft.

Ferner wurde der gesamte Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1960 einer Überprüfung unterzogen. Hiezu wird bemerkt, daß der Rechnungsabschluß 1960 vom Hohen Landtag in einer seiner Sitzungen bereits verabschiedet wurde, weshalb hierauf nicht näher eingegangen werden soll.

Sofern bei den Überprüfungen geringfügige Mängel festgestellt wurden, sind diese den zuständigen Landesämtern im kurzen Wege bekanntgegeben worden, so daß von

einer Erörterung dieser Prüfungsergebnisse Abstand genommen wurde, um den vorliegenden Bericht umfangmäßig möglichst einschränken zu können.

Hauptgewicht legte der Finanzkontrollausschuß im Berichtsjahr auf die Überprüfung der bäuerlichen Fachschulen und Bezirkshauptmannschaften, deren Ergebnisse jedoch in eigenen Sonderberichten dem Hohen Landtag vorgelegt werden.

Aus dem vorliegenden Tätigkeitsbericht sei im einzelnen erwähnt:

Die unzulängliche Unterbringung der Landhausküche und das Fehlen moderner Kochkessel wirken sich insoweit finanziell ungünstig aus, als der Landeszuschuß für die Betriebs- und Personalkosten jährlich steigt. Ein Umbau der Landhausküche, verbunden mit einer Vollmechanisierung des Küchenbetriebes, wäre dringendst ratsam.

Die im Jahre 1960 für Wissenschaftspflege, Kunstpflege, Volksbildung und Heimatpflege verausgabten Förderungsmittel aus den vom Landtag zur Verfügung gestellten Krediten und dem Kulturgröschen betragen rund 12,7 Millionen Schilling. Die Verwendung dieser Mittel ist aus den im Bericht angeführten Aufstellungen zu ersehen.

Einen Überblick über die Leistungen des Landesamtes B/4, die sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Ent- und Bewässerungsanlagen, Wasserversorgungs-, Kanalisations- und Feuerlöschanlagen erstrecken, gibt eine Vergleichstabelle über die Jahre 1958, 1959 und 1960. Daraus geht hervor, daß die Erhebungstätigkeit im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahre um 20 Prozent angestiegen ist. An Baukosten für ausgeführte Bauvorhaben der Ent- und Bewässerungen, Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen sind im Jahre 1960 rund 110 Millionen gegenüber 85 Millionen Schilling im Jahre 1959 aufgelaufen. Die Finanzierung dieser Bauvorhaben erfolgt aus Bundes- und Landesmitteln sowie aus Interessentenbeiträgen bzw. seit 1958 aus dem vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verwalteten Wasserwirtschaftsfonds. Nach den im Jahre 1961 aus Fondsmitteln erteilten Bewilligungen von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen zu schließen, wird ein Zeitraum von 10 Jahren erforderlich sein, um die durch das Landesamt B/4 bis Ende 1961 eingereichten Bauvorhaben mit Hilfe von Fondsmitteln durchführen zu können.

Der Bericht befaßt sich eingehend mit der Unterbringung von Dienststellen, welche nicht in landeseigenen Gebäuden, sondern in

Mietobjekten untergebracht sind. Auf Grund der dem Bericht als Beilage angeschlossenen Zusammenstellung ergeben sich allein im Jahre 1960 Kosten von rund 1,1 Millionen Schilling an Miete einschließlich Betriebskosten für die in Wien befindlichen und Amtszwecken dienenden Mietobjekte. Die verstreute Unterbringung von Landesämtern wirkt sich für den Parteienverkehr — einem Großteil der vorsprechenden Parteien fehlt, weil von auswärts kommend, die entsprechende Ortskenntnis in Wien — besonders erschwerend und zeitraubend aus, beeinträchtigt aber auch den Dienstbetrieb ganz wesentlich und führt dadurch zu einem erhöhten Verwaltungs- und Personalaufwand. Auf die Beseitigung dieser Mängel wird besonders hingewiesen.

Bezüglich der Einrichtungen bei Landes- und Gebietsberufsschulen wurde u. a. angefragt, die Kosten für die vom Lande beigestellten Kanzleikräfte für die Berufsschulen in Pöchlarn und Stockerau anteilmäßig auf die Gemeinden zu überwälzen. Dieser Anregung wurde bereits entsprochen.

Hinsichtlich des Landes-Jugendheimes Puchberg am Schiieberg mußte festgestellt werden, daß mit dem für die Tagesverpflegung festgesetzten Höchstsatz nicht das Auslangen gefunden wurde. Einer Erhöhung dieses Verpflegssatzes trägt der Landesvoranschlag 1962 bereits Rechnung.

Die Prüfung der Flughafen-Wien-Betriebs-Ges. m. b. H., die gemeinsam vom Kontrollamt der Stadt Wien und des Landes Niederösterreich durchgeführt wird, war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis wird daher gleichfalls dem Hohen Landtag gesondert vorgelegt werden.

Ich habe daher namens des Finanzausschusses dem Hohen Hause folgenden Antrag zu stellen (*Ziest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Tätigkeitsbericht des Finanzkontrollausschusses für das Jahr 1961 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, zum vorliegenden Bericht Stellung zu nehmen und ihre Stellungnahme sowie die Maßnahmen, die zu den Feststellungen und Anregungen des Berichtes zu machen sie als notwendig erachtet, dem Finanzkontrollausschuß bekanntzugeben.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄ:
mand
mung.
men.

Ich
Verhar

Ber
Landta
schafts
desregi
schlüss
Landes
den Ja
gung §
träge, ;

Gem
1923, L
Landes

1. das
2. den
3. den
4. den
5. den
6. die
7. die
8. die
9. die
10. das
11. das
kul
12. das
13. das
14. die
Leh

Dahe

Auße
träge c
inittel
zweckg
S 3,069.
ter Ber
dem Ja
wendet
bende l
Mitteln,
gestellt
zugesch

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung): Angenommen.*

Ich ersuche den Herrn Abg. Maurer, die Verhandlung zur Zahl 462 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. MAURER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Landwirtschaftsausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend die Rechnungsabschlüsse (Verwendungsnachweise) der nö. Landes-Landwirtschaftskammer über die in den Jahren 1959, 1960 und 1961 zur Verfügung gestellten Landeskulturförderungsbeiträge, zu berichten.

Gemäß § 2 des Gesetzes vom 18. Jänner 1923, LGBl. Nr. 33, über die Förderung der Landeskultur in Niederösterreich hat die nö.

Landes-Landwirtschaftskammer über die ihr überwiesenen Landesmittel zur Förderung der Landeskultur Rechnung zu legen.

Bei der Überprüfung der von der nö. Landes-Landwirtschaftskammer vorgelegten Rechnungsabschlüsse (Verwendungsnachweise) über die in den Jahren 1959, 1960 und 1961 zur Förderung der Landeskultur erhaltenen Landesmittel wurde festgestellt, daß diese widmungsgemäß verwendet wurden.

Die zur Förderung der Landeskultur auf Grund des Gesetzes vom 18. Jänner 1923, LGBl. Nr. 33, zur Verfügung gestellten Landesmittel wurden, wie sich aus dem Verwendungsnachweis der Landes-Landwirtschaftskammer, zusammengefaßt in den Jahren 1959, 1960 und 1961, ergibt, wie folgt eingesetzt für:

	1959 S	1960 S	1961 S
1. das landw. Betriebswesen	405.500.—	280.000.—	855.000.—
2. den Pflanzenbau	1,469.287.09	1,050.000.—	1,310.000.—
3. den Weinbau	1,000.000.—	920.000.—	1,617.000.—
4. den Obstbau	345.390.60	250.000.—	430.000.—
5. den Gartenbau	275.000.—	220.000.—	423.000.—
6. die Forstwirtschaft	621.108.34	2,770.000.—	2,066.000.—
7. die Tierzucht, Alm- und Weidewirtschaft	807.000.—	920.000.—	1,540.000.—
8. die Milchwirtschaft	275.000.—	200.000.—	315.000.—
9. die Rechtsberatung	98.899.—	50.000.—	54.000.—
10. das landw. Bauwesen	101.149.22	60.000.—	20.000.—
11. das landw. Maschinenwesen, die Ödlandkultivierung und das Ausstellungswesen	1,388.000.—	1,500.000.—	2,630.000.—
12. das landw. Schul- und Bildungswesen .	1,422.453.29	1,560.000.—	2,470.000.—
13. das landw. Genossenschaftswesen . . .	210.000.—	220.000.—	270.000.—
14. die anteilmäßigen Gehaltskosten für die Lehrkräfte der Kammerfachschulen .	581,211.83	—	—
		1959 S 9,000.000.—,	
Daher wurden insgesamt für		1960 S 10,000.000.— und	
		1961 S 14,000.000.— verwendet.	

Außerhalb der Landeskulturförderungsbeiträge des Landes wurden weitere Landesmittel der Landes-Landwirtschaftskammer zweckgebunden, und zwar für das Jahr 1959 S 3,069.042.85 gegeben. Verfügbar waren unter Berücksichtigung eines Restbetrages aus dem Jahre 1958 somit S 3,231.295.94, aufgewendet wurden S 2,947.718.64. Der verbleibende Rest von S 283.577.30 wurde zu den Mitteln, die 1960 zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, und zwar S 3,807.849.15, zugeschlagen, somit waren insgesamt

S 4,091.426.45 verfügbar und davon wurden S 3,920.226.45 aufgewendet. Der Restbetrag von S 171.200.— wurde den seitens des Landes für das Jahr 1961 außerhalb des Landeskulturförderungsbeitrages zur Verfügung gestellten Mitteln in der Höhe von S 3,768.668.80 hinzugerechnet, so daß für das Jahr 1961 S 3,939.868.80 verfügbar waren und S 3,836.768.80 verwendet werden konnten. Es verblieb noch ein Rest von S 103.100.—. Diese außerhalb des Landeskulturförderungsbeitrages vom Land zweckgebunden zur Ver-

fügung gestellten Mittel wurden für das landwirtschaftliche Betriebswesen, für die Tierzucht, Alm- und Weidewirtschaft, für das landwirtschaftliche Maschinenwesen, die Ödlandkultivierung und das Ausstellungswesen sowie für das ländliche Schul- und Bildungswesen verwendet.

Die nö. Landes-Landwirtschaftskammer spricht dem Land für die Beistellung des **Landeskulturförderungsbeitrages** im Namen der bäuerlichen Bevölkerung Niederösterreichs ihren besonderen Dank aus.

Namens des **Landwirtschaftsausschusses** stelle ich daher folgenden Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die von der nö. Landes-Landwirtschaftskammer vorgelegten Rechnungsabschlüsse (Verwendungsnachweise) über die ihr in den Jahren 1959, 1960 und 1961 zur Förderung der Laiideskultur zur Verfügung gestellten Landesmittel werden genehmigt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Gesetz vom 18. Jänner 1923 über die Förderung der Landeskultur in Niederösterreich, LGBl. Nr. 33, im Hinblick darauf, daß sich die Struktur der Landwirtschaft und die Förderungswürdigkeit der einzelnen Zweige der Landeskultur gegenüber dem Zeitpunkt der Entstehung des Gesetzes wesentlich geändert haben, einer Überprüfung zu unterziehen und dem Landtag einen Entwurf einer Gesetzesnovelle zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, um das Gesetz den geänderten Verhältnissen anzupassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, über die Vorlage die Debatte einzuleiten bzw. die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT TESAR: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Niklas.

ABG. NIKLAS: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Rechnungsabschlüsse der nö. Landes-Landwirtschaftskammer über die in den Jahren 1959, 1960 und 1961 zur Verfügung gestellten Landeskulturförderungsbeiträge sollen heute vom Hohen Hause genehmigt werden. Hiezu möchte ich sagen, daß auf Grund des Gesetzes vom 18. Jänner 1923 der Verwendungsnachweis eines jeden Jahres im Juni des darauffolgenden Jahres dem nö. Landtag vorgelegt werden sollte. Das ist bei den vorliegenden Rechnungsabschlüssen leider nicht geschehen, obwohl es notwendig gewesen wäre: denn eine so umfangreiche Materie über einen Zeitraum von drei Jahren zu überprüfen, ist natürlich sehr schwierig.

Für das Jahr 1959 wurden der nö. Landes-Landwirtschaftskammer vom Landtag 9 Millionen S ordentliche Mittel und 3,231.000 S Sondermittel genehmigt, für das Jahr 1960 10 Millionen S ordentliche Mittel und 4,091.000 S Sondermittel und für das Jahr 1961 14 Millionen S ordentliche Mittel und 3,939.000 S Sondermittel. Das sind wohl große Beträge, die das Land der nö. Landes-Landwirtschaftskammer für die Landeskulturförderung zur Verfügung gestellt hat.

Die Novellierung des Gesetzes aus dem Jahre 1923 ist, wie der Herr Berichterstatter bereits vorgetragen hat, höchst notwendig, da im Laufe der Zeit viele Änderungen in der Produktionsförderung und in der Struktur des niederösterreichischen Bauernstandes vollzogen worden sind. Man sollte trachten, daß diese Landesförderungsmittel den Zeitgemäßen Erfordernissen der Struktur angepaßt werden, daß aber auch die Produktionsförderung so eingestuft wird, daß sie richtig eingesetzt werden kann.

Ich möchte noch erwähnen, daß die Mittel für den Aufklärungs- und Beratungsdienst im allgemeinen sehr dürftig eingesetzt waren. Wir haben heuer im Betriebsausschuß gehört, daß gerade der Aufklärung und Beratung mehr Augenmerk geschenkt werden muß. Ein Beispiel nur: Es wurde in einem Betrieb, der betriebswirtschaftlich überprüft wurde, festgestellt, daß dort noch kein einziges Kilogramm Kunstdünger verwendet wurde. Daraus sieht man, daß noch viel an Aufklärung und Förderung fehlt.

Ich möchte auch betonen, daß die Beratung auf dem Sektor Obstbau erst im Jahre 1961 eingesetzt hat. Wohl hat man gleich größere Mittel zur Verfügung gestellt, doch wäre die Förderung des Obstbaues schon früher notwendig gewesen, da wir doch ausländisches Obst einführen müssen. Wir haben aber in unserem Lande genügend Obstbaugebiete, die bei entsprechender Förderung auch Qualitätsobst erzeugen können. Hierdurch würden dem Lande bedeutende Mittel erspart werden.

Die Besitzfestigung ist im allgemeinen auch ein Teil der Kulturförderung. Der Bergbauer in Niederösterreich unterscheidet sich wesentlich von einem Bergbauern in der Steiermark und in Kärnten. Auf dem Urgesteinsboden des Waldviertels wirtschaften Bauern, für die eine bessere Besitzfestigung notwendig wäre. Wenn wir aber feststellen, daß in einem der Jahre nur 213.617 S für die Besitzfestigung erübrigt werden konnten, dann müssen wir annehmen, daß es überhaupt keine Bauern in Niederösterreich gibt, die in

ihrem müßt Bodei stützu

Ich ferat, setze5 der P passe

PR Herr

AB Sehr Haus Errich bzw. und e die K Niede setz, noch Einric in un sind zähit mind

We man s Fruch die Li beson Verhä dem schaff Volke entsch tur ni jährli stellei (*liest*, Niede rung rung die Si rung sowie insbes baren und V schaft jährlic im na derlich

In geförd die Ti nun in Forstv

April 1963.

nö. Landes-
tag 9 Mil-
3,231.000 S
Jahr 1960
Mittel und
r das Jahr
Mittel und
sind wohl
nö. Landes-
Landeskul-
ellt hat.

aus dem
rterstatter
notwendig,
ngen in der
r Struktur
ernstandes
te trachten,
el den zeit-
uktur ange-
roduktions-
3 sie richtig

ß die Mittel
tungsdienst
setzt waren.
asschuß ge-
ß und Bera-
ikt werden
le in einem
h überprüft
h kein ein-
verwendet
och viel an

ie Beratung
Jahre 1961
ich größere
ch wäre die
früher not-
Isländisches
ben aber in
tbagebiete,
, auch Quali-
irch würden
erspart wer-

neinen auch
r Bergbauer
et sich we-
r der Steuer-
Urgesteins-
ten Bauern,
ng notwen-
llen, daß in
r die Besitz-
inten, dann
s überhaupt
i gibt, die in

ihrem Besitz gefestigt werden müssen. Man müßte wohl jenen Bauern, die auf dürrtigem Boden wirtschaften, eine gewisse Unterstützung zuteil werden lassen.

Ich bitte den Hohen Landtag bzw. das Referat, bei der Erstellung des novellierten Gesetzes nach Maßgabe die Förderungsmittel der Produktion, aber auch der Struktur anzupassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dipl.-Ing. Robl.

ABG. DIPL.-ING. ROBL: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Hohe Haus hat im Jahre 1922 das Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammern bzw. Bezirksbauernkammern beschlossen und ein Jahr danach das Landesgesetz über die Kulturförderung in unserem Bundesland Niederösterreich verabschiedet. Dieses Gesetz, das heuer 40 Jahre alt ist, bildet dennoch die Grundlage über die Förderung der Einrichtungen der Land- und Forstwirtschaft in unserem Bundeslande. In diesem Gesetz sind die einzelnen Förderungssparten aufgezählt bzw. für die heutigen Verhältnisse zumindest angedeutet.

Wenn ein Gesetz solange in Kraft ist, fragt man sich: Hat es sich bewährt? Hat es reiche Früchte getragen? Im Jahre 1923 befand sich die Land- und Forstwirtschaft in Österreich, besonders in Niederösterreich, in ähnlichen Verhältnissen wie in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg. Die heimische Landwirtschaft war nicht in der Lage, den Tisch des Volkes zu decken. Man hat sich daher damals entschlossen, zur Förderung der Landeskultur nicht nur ein Gesetz zu erlassen, sondern jährlich auch entsprechende Mittel bereitzustellen. Im § 1 dieses Gesetzes heißt es *(liest)*: „Zur Förderung der Landeskultur in Niederösterreich, und zwar zur Durchführung von Maßnahmen, welche eine Steigerung der Bodenerträge und Tierproduktion, die Sicherstellung einer diese Ertragssteigerung gewährleistenden Wirtschaftsführung sowie eine Verbesserung der Versorgung, insbesondere durch einen möglichst unmittelbaren Verkehr zwischen den Erzeugern und Verbrauchern lebenswichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse bezwecken, sind alljährlich im Landesvoranschlag die für die im nachstehenden genannten Zwecke erforderlichen Beträge einzustellen.“

iii erster Linie sollten aber Maßnahmen gefördert werden, die die Bodenerträge und die Tierproduktion steigern. Wie hoch sind nun inzwischen die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft in Österreich angestiegen?

Der Beitrag unserer Landwirtschaft zur Ernährung unseres Volkes ist ein sehr großer. Die Statistiker errechnen die Milliarden Kalorien, die die heimische Landwirtschaft alljährlich aufbringt. Vor dem Kriege hat unsere Landwirtschaft nur zu 74 Prozent den Tisch des österreichischen Volkes gedeckt. Im Wirtschaftszeitraum 1955 bis 1959 waren es 78 Prozent. Im Wirtschaftsjahr 1960/61 waren es 82 Prozent, und wenn noch die Exporte der österreichischen Landwirtschaft berücksichtigt werden, sind es sogar 83 Prozent. Ich möchte einen Vergleich zu anderen Ländern bringen: Die Deutsche Bundesrepublik ist nur zu 72 Prozent und die Schweiz nur zu 52 Prozent in der Lage, die heimische Bevölkerung zu ernähren. Wir können auch noch sagen, daß ebenfalls die vielen 100.000 Fremden, Reisenden, Urlauber und Kongreßteilnehmer, die in Österreich Aufenthalt nehmen, auch überwiegend aus der heimischen Produktion versorgt werden. Diese Leistung der österreichischen Landwirtschaft ist erbracht worden, obwohl die Zahl der Arbeitskräfte sehr wesentlich zurückgegangen ist. Nach den Volkszählungsergebnissen 1934 arbeiteten damals 36 Prozent der Bevölkerung, der Arbeitnehmer, in Österreich in der Landwirtschaft. 1951 waren es 32 Prozent der Berufstätigen und 1961 nur noch 22,7 Prozent. Aber nicht nur die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind in sehr hohem Maße gesunken, auch die Flächen, die der landwirtschaftlichen Produktion zur Verfügung stehen, sind wesentlich geringer geworden. Ein Vergleich des Jahres 1937 mit dem Jahr 1961 zeigt, daß die Fläche an Ackerland in diesem Zeitraum um 329.000 Hektar zurückgegangen ist. Das entspricht einer Fläche der Verwaltungsbezirke Gänserndorf, Mistelbach, Korneuburg und Mödling. Also um eine solch gewaltige Fläche steht heute der österreichischen Landwirtschaft weniger Ackerland zur Nutzung zur Verfügung, und dennoch war die Steigerung der Produktion in diesem hohen Ausmaß möglich. Wir wissen, daß es in erster Linie der Fleiß und die Strebsamkeit unserer Landwirte, daß es die vielen unterbewerteten Überstunden der Bauern und Bäuerinnen und der Familienangehörigen der Landwirte waren, die diese Leistungssteigerung erbrachten. Es war aber auch die Tätigkeit der Interessentenvertretung. Es war die Aufklärung, die Beratung, es war das Schul- und das Bildungswesen und es waren die Förderungsmittel, die alljährlich vom niederösterreichischen Landtag der Landes-Landwirtschaftskammer zur Verfügung gestellt wurden. Wenn der Herr Abg. Niklas sagt,

daß für die Aufklärung und Beratung noch zu wenig getan wurde, und wenn er sogar einen Fall aufgezeigt hat, nach dem ein Betrieb noch keine Düngemittel verwendet, so mag dies sicherlich ein Einzelfall in der niederösterreichischen, vielleicht sogar der österreichischen Landwirtschaft sein. Für die Besitzfestigung standen aber nicht nur die bescheidenen Besitzfestigungsmittel von 213.000 S, die der Herr Abg. Niklas betragsmäßig genannt hat, zur Verfügung. Wir wissen, daß für die Besitzfestigungsaktion, die von der Landes-Landwirtschaftskammer durchgeführt wird, nicht nur die niederösterreichische Landesregierung Mittel bereit stellt, sondern daß auch Bundesmittel dafür gewährt werden, und daß die Landesregierung selbst beispielsweise durch die Wasserversorgungsanlage-Aktion im Bergbauerngebiet einen höheren Betrag für Besitzfestigungen ausgegeben hat, als ihn Abg. Niklas nannte. Es ist also in Österreich durch die österreichische Land- und Forstwirtschaft gewiß ein sehr hoher Grad der Ernährung erreicht worden; und wir müssen uns heute fragen, ob es noch notwendig ist, die Landwirtschaft zu fördern, um noch mehr zu produzieren, oder ob es vielleicht zweckmäßig erscheint, uns auf den Lorbeeren auszuruhen, um nur den jetzigen Stand, den wir erreicht haben, zu halten.

Da in der Gesetzesvorlage auch der Antrag gestellt wird, daß das Landeskulturförderungsgesetz abzuändern ist, möchte ich dazu sagen, daß noch andere Maßnahmen, die ja praktisch bereits durchgeführt werden, im Gesetze aber noch nicht aufscheinen, für die Landwirtschaft durchzuführen sind. Andere Maßnahmen deshalb, weil sich auch die österreichische Landwirtschaft auf die europäische Integration vorbereiten muß. Deshalb ist sicherlich eine Fülle von neuen Aufgaben bei Abänderung des Gesetzes über die Förderung der Landeskultur zu berücksichtigen. Wir wissen, daß wir nicht nur mit unseren landwirtschaftlichen Erzeugnissen den größten Teil unseres Volkes ernähren, sondern daß es auch in sehr vielen Sparten bereits Überschüsse gibt und daß es nicht sehr leicht sein wird, diese Überschüsse immer auf dem europäischen oder Weltmarkt unterzubringen. Es wird daher Bedacht zu nehmen sein, zur besseren Nutzung der Absatzmöglichkeiten die landwirtschaftliche Produktion inarkthoiformer zu gestalten. Heute ist der Konsument anspruchsvoll geworden. Er will nur Qualitätserzeugnisse, daher muß gerade

die Produktion der Qualitätserzeugnisse vielleicht auch in das neue Gesetz zur Förderung aufgenommen werden. Auch die Verbesserung der Agrarstruktur, die heute das Um und Auf der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist. Dem Hohen Hause ist bekannt, daß auf dem Gebiete der Agrarstruktur gerade in Niederösterreich seit Jahren sehr viel getan wird. Die Hofaufschließung, der Wegebau, kreditpolitische Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, auf die man im Jahre 1923 noch nicht Bedacht genommen hat, müssen bei Novellierung dieses Gesetzes auch erörtert werden. Es ist sehr viel im künftigen Landeskulturförderungsgesetz zu berücksichtigen. Es soll auf die heutigen Verhältnisse, die sich aus wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen der Praxis ergeben haben, abgestimmt werden. Was wurde aber ein noch so schönes Gesetz bedeuten, wenn nicht auch die finanziellen Mittel künftighin bereitgestellt werden. Wir müssen die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft würdigen, denn wir wissen, daß es in Österreich nur dann weiterhin eine Vollbeschäftigung gibt, wenn auch die Landwirtschaft kaufkräftig ist, daß mehr als 20 Milliarden Schilling alljährlich aus der Landwirtschaft in die Volkswirtschaft fließen und künftighin auch die Landwirtschaft als kaufkräftiger Konsument innerhalb unserer Volkswirtschaft aufscheint. Es möge sich der Hohe Landtag auch künftighin bemühen, daß für die Landeskulturförderung ausreichende Mittel bereitgestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT TESAR: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. MAURER: Ich verzichte auf das Schlußwort.

PRÄSIDENT TESAR *(nach Abstimmung)*:
A n g e n o m m e n.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Es werden der Gemeinsame Bau- und Finanzausschuß und der Gemeinsame Wirtschaftsausschuß und Finanzausschuß ihre Nominierungssitzungen sogleich nach dem Plenum im Herrensaal abhalten.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 14 Uhr 41 Minuten.)

13. S.

1. Eröffn
2. Abwes
3. Mitteil
4. Angele
5. Verha
Antrag
setzesbesc
das Land
zum Schi
abgeände
323); At

PRÄS
nuten).
koll d
nungs
geblieb
trachte

Von
schuld
Ing. F
Wenge
mayr, I
Wie
Verfass
1963 ve
ordnun
Pause.)

Der
liegt ai
neten a

Ich e
SCHL

Vorla
Niederi
richr ül

Vorla
den Ge
wesen
tengese

Anfra
Scherz,
Herrn
Leopold
Dotieru
rung de
Bundes